

Ämtliche Bekanntmachung



Deutschland ohne Regierung

Was ist Deutschland

Ein Bericht von Dr. h. c. jur. Wolfgang Gerhard Günter Ebel

19. August 2005

Der Staat Deutschland wurde bekanntlich nach dem Auseinanderfallen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als Erstes Deutsches Reich zwischen den Jahren 1803 und 1806 in unter anderem 71 Königreiche und Fürstentümer, am 18. Januar 1871 mit einer monarchischen Regierung auf der Rechtsgrundlage der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 in Verbindung mit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz vom 22. Juli 1913 für seine Reichsangehörigen und Staatsangehörigen der 18 Reichsländer als Zweites Deutsches Reich errichtet, und durch die Anerkennung der 12 Haager Friedensabkommen vom 18. Oktober 1907 im Jahre 1910 weltweit anerkannt. Dieses monarchische Deutschland endete mit dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 durch den Verrat des Herrn Max von Baden an den Deutschen Kaiser zu Gunsten von Parteien durch die Abdankung Kaiser Wilhelms des Zweiten.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde mit der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 die nicht in Weimar, sondern in Schwarzburg unterzeichnet wurde, das Parteien gelenkte republikanische Zweite Deutschland für die geliebten Reichsangehörigen des Staates Zweites Deutsches Reich und zugleich Staatsangehörigen eines der 17 Reichsländer Freistaat Anhalt, Freistaat Baden, Freistaat Bayern, Freistaat Braunschweig, Freistaat Freie Hansestadt Bremen, Freistaat Freier Volksstaat Württemberg, Freistaat Freie und Hansestadt Hamburg, Freistaat Freie und Hansestadt Lübeck, Freistaat Lippe, Freistaat Mecklenburg-Schwerin, Freistaat Mecklenburg-Strelitz, Freistaat Oldenburg, Freistaat Preußen, Freistaat Sachsen, Freistaat Schaumburg-Lippe, Freistaat Thüringen, Freistaat Volksstaat Hessen, Freistaat Waldeck, errichtet, und daran erinnert, daß der Freistaat Waldeck in den Freistaat Preußen übergegangen ist, und damit 17 Reichsländer fortbestehen.

Durch die am 30. Januar 1933 erfolgte Erpressung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und von Beneckendorff mit der Machtübernahme des Diktators Adolf Hitler des errichteten Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich durch das Ermächtigungsgesetz am 24. März 1933, wurde durch dieses Rechtsmittel zunächst die Suspendierung der Weimarer Verfassung erreicht, die Verfassungsrechte ausgesetzt und durch die Errichtung des Reichsbürgerschaftsgesetzes vom 15. September 1935 wurde der Staat Zweites Deutsches Reich am 31. Januar 1933 in die Diktatur des Dritten Deutschen Reiches und damit in den Zweiten Weltkrieg geführt, und der Staat Drittes Deutsches Reich mit der bekanntlich bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 08. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst,

mit Ausnahme des Reichsverkehrsministers und des Reichspostministers die auch im Dritten Deutschen Reich ihren Amtseid auf die Reichsverfassung von 1919 weiterhin geleistet hatten und deswegen nicht verhaftet wurden,

wurde die übrige Regierung des Dritten Reiches, die auf der Rechtsgrundlage des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937 ihren Amtseid auf den Führer der National Sozialistischen Deutschen Arbeiter Partei (NSDAP) leisteten und somit im Treueverhältnis zum Führer Adolf Hitler, und weder staats- noch völkerrechtlich zum Staate Deutsches Reich standen, am 23. Mai 1945 durch die Alliierten verhaftet, und ist das Nationalsozialistische Dritte Deutsche Reich handlungsunfähig erloschen untergegangen.

Bis zu diesem Punkt wurde die Geschichte Deutschlands deutscherseits halbwegs richtig der Nachwelt weitergegeben, doch mit dem Tage 08. Mai 1945 beginnt die Fälschung der Beschreibung des staats- und völkerrechtlichen Begriffes Deutschland weder durch die Westmächte, noch durch die Militärdiktatur Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, sondern allein durch die vermeintlichen deutschen Parteien und Regierungen in Deutschland, weswegen das staats- und völkerrechtliche Deutschland am heutigen Tag über keine geltende Regierung verfügt.

Die Wahrheit ist, daß sich schon 1941 auf See außerhalb der Dreimeilen Zone zu irgendeinem Staat, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Premierminister des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und dem Generalsekretär der KPDSU und Präsidenten der Diktatur Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken mit ihren Kriegsschiffen auf See im neutralen Gebiet getroffen, und nicht nur über die Beendigung des Zweiten Weltkriegs, sondern über die Errichtung einer neuen Europäischen Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg nachgedacht, und entsprechende Vereinbarungen vorbereitender Art getroffen haben.

Einmal abgesehen von den Konferenzen in Teheran und Yalta, wurden im Oktober 1943 in Moskau die Rechtsgrundlagen für die zu errichtenden Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik bis zum Ural als ein Europa der Vaterländer, die nichts mit der heute für eine Übergangszeit bestehenden Europäischen Union, wie auch mit der bestehenden neuen Weltordnung zu tun haben auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen, geschaffen.

Da die USA die finanziell und militärtechnisch völlig überbelastete Militärdiktatur Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken im Krieg gegen das Dritte Deutsche Reich im großen Stil unmittelbare Hilfe leisteten, hat sich die USA mit der durch den General D. Eisenhower am 13. Februar 1944 errichteten Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF) Gesetzgebung der vereinigten Expeditionsarmeen gegen das Dritte Deutsche Reich gegenüber allen Staaten, gegen die das Dritte Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg führte, bis zum mit dem neutral, handlungsfähig und in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 unter der Führung der USA durch die Viermächte souverän wiederherzustellenden Staate Zweites Deutsches Reich abzuschließenden Friedensvertrag, den das heutige Deutschland nicht hat, hat durch die fortgeltende SHAEF-Gesetzgebung das Kriegerrecht erworben die Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkriegs die USA zu sein. Diesem Sachverhalt durch die Artikel I bis III und den Anlagen A bis D durch das fortgeltende Protokoll zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, sowie der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlin in der Fassung des Londoner-Protokolls vom 14. November 1944 und dem Ergänzungsabkommen mit der Französischen Republik vom 26. Juli 1945 völker-, kriegs-, alliierten europakontrollratsverwaltungs-, besatzungs- und am heutigen Tage reichsverfassungsrechtlich folgend, kann die SHAEF-Gesetzgebung weder zu irgendeinem Zeitpunkt durch die Europäische Union, noch durch das seit dem 18. 07. 1990 vereinte Deutschland verändert werden, und besteht für die US Europaarmee mit dem Hauptquartier in Stuttgart fort.

Durch das Erste Londoner Protokoll wurde am 12. September 1944 die Vereinbarung getroffen, daß sich die Siegermächte Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu weiteren Beratungen zur Verwaltung Deutschlands mit seiner Regierungshauptstadt Groß-Berlin für eine Übergangszeit und zum Zwecke der zu errichtenden Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik bis zum Ural treffen werden. Dieses Treffen fand in der Zeit vom 17. Juli bis zum 02. August 1945 in der preußischen Provinz Brandenburg in Potsdam statt, und endete mit dem Verwaltungsbefehl zur Verwaltung Deutschlands für eine Übergangszeit bis zum Friedensvertrag mit dem Staat Zweites Deutsches Reich durch den errichteten Alliierten Kontrollrat für Deutschland als Ganzes und der Errichtung des Rates der Außenminister der Fünfmächte als Gesetzgeber der zu proklamierenden Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik bis zum Ural durch die Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin am 02. August 1945, die deutscherseits fälschlicherweise dem Deutschen Volk als Potsdamer Abkommen mitgeteilt wurde, obwohl deutsche Vertragspartner weder gewollt, noch überhaupt vorhanden waren, und die Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin kein Vertrag mit dem Staat Zweites Deutsches Reich sein konnte, da die Regierung schon am 23. Mai 1945 verhaftet worden war.

Der Staat Zweites Deutsches Reich bis zum Friedensvertrag, weder zu irgendeinem Zeitpunkt für die Übergangszeit vom 23. Mai 1949 bis zum 17. Juli 1990 als besatzungsrechtliches Mittel der Westmächte Bundesrepublik Deutschland, oder seit dem 18. 07. 1990 als für eine weitere Übergangszeit zu bestehen habendes vereintes Deutschland identisch, noch zu irgendeinem Zeitpunkt durch die Europäische Union zu vertretend als der Bundesrepublik Deutschland und dem vereinten Deutschland gegenüber separat fremder Staat Zweites Deutsches Reich gegenüberstehend, auch am heutigen Tage unter der Rechtshoheit des Artikels I § 1 des fortgeltenden SHAEF-Gesetzes Nr. 52 der USA stehend, ist auch gegen den Willen der Europäischen Union und dem vereinten Deutschland, zu einem Zeitpunkt den die USA bestimmen, durch die unter der Führung der USA fortbestehenden Westmächte aufzulösen, u8nd ist auf der Rechtsgrundlage des seit dem 08. Mai 1985 durch die USA gewollt zu bestehen habenden zeitweiligen Reichsorgans Kommissarische Regierung des Staates Zweites Deutsches Reich zur Öffnung der innerdeutschen Wirtschaftsgrenzen am 09. November 1989, durch die erst kommende Wiedervereinigung Deutschlands der zu erfolgen habenden erneuten Proklamation des neutral, handlungsfähig und in den Außengrenzen vom 31. Dezember 1937 durch die Viermächte in Einvernehmlichkeit mit dem Rat der Außenminister der Fünfmächte durch die Vereinten Nationen wieder zu vereinigen, der Staat Zweites Deutsches Reich souverän wiederherzustellen.

Durch den Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 wurde festgestellt, daß der dem fortbestehend beschlagnahmten separat und reichsverfassungs-rechtlich dem vereinte Deutschland höher gegenüberstehende Staat Zweites Deutsches Reich, das vereinte Deutschland sich für seine zu bestehen habende Übergangszeit eine Verfassung zu geben hatte, was nicht geschehen ist, und durch den Rechtsakt der Westmächte unter der Führung der USA durch die Streichung des Artikels 23 des besatzungsrechtlichen Mittels der Westmächte Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung zum 17. Juli 1990 24.00 Uhr MESZ handlungsunfähig erloschen untergegangene Bundesrepublik Deutschland, das seit dem 18. Juli 1990 definitiv ohne Geltungsbereich vollständig erloschene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht ändern konnte, somit auch das vereinte Deutschland über keine geltende Verfassung verfügt, und das bis zum 17. Juli 1990 bestandene besatzungsrechtliche Mittel der Westmächte Bundesrepublik Deutschland definitiv weder zu irgendeinem Zeitpunkt mit dem Staat Zweites Deutsches Reich teildentisch war, noch das vereinte Deutschland „Deutschland“ sein könnte, sondern die vermeintliche Bundesrepublik Deutschland kein Staat ist.

Nach Artikel 1 in Verbindung mit der Anlage D des fortgeltenden Ersten Londoner Protokolls in der Fassung vom 26. Juli 1945, wurde der Staat Zweites Deutsches Reich in vier Einzelbesatzungszonen, und in die Besondere Zone Berlin aufgeteilt, der durch Artikel 2 festgestellt, durch die vier Einzelbesatzungsmächte einzeln zu verwaltenden Zonen, und mit seiner Besonderen Zone Berlin mit seiner Regierungshauptstadt Groß-Berlin des neutral, handlungsfähig und in den Außengrenzen vom 31. Dezember 1937 souverän

wiederherzustellenden Staates Zweites Deutsches Reich, mit seiner Regierungshauptstadt des handlungsfähig in den Innengrenzen vom 01. August 1941 wiederherzustellenden Reichslandes Freistaat Preußen, und als zugleich der Regierungssitz des Oberpräsidenten der Provinzen Brandenburg und Stadtgemeinde Berlin, sowie des in den Grenzen vom 01. April 1938 wiederherzustellenden Regierungssitzes des Kommunalverbandes Gebietskörperschaft von Groß-Berlin in vier Sektoren eingeteilt, der durch die Viermächte bis zum Friedensvertrag mit dem Staate Zweites Deutsches Reich gemeinschaftlich zu verwalten ist, durch Artikel 3 festgestellt wurde, daß die Regierungen desjenigen Landes, dessen Streitkräfte die betreffende Zone besetzen, den Oberkommandierenden zu benennen hat, und durch Artikel 5 festgestellt wurde, daß die Besondere Zone Berlin eine Interalliierte Regierungsbehörde, bestehend aus vier Kommandanten zur gemeinsamen Verwaltung der Besonderen Zone Berlin erhält, die durch die entsprechenden Oberkommandierenden ernannt wurden, und sich bis zum heutigen Tage an der Sach- und Rechtslage des fortbestehenden Gebietes der Besonderen Zone Berlin nichts geändert hat.

Gemäß dem Artikel 43 des Dritten Abschnitts der Anlage zum Abkommen Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs zum Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. Oktober 1910, ist ein „Grundgesetz dem Grunde nach“, wie das für die Übergangszeit vom 23. Mai 1949 bis zum 17. Juli 1990 geltende „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, ein besatzungsrechtliches Mittel der Westmächte zur Aufrechterhaltung von Ruhe, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens durch den Besetzenden für die Übergangszeit der Besetzung auf der Rechtsgrundlage der Landesgesetze des besetzten Landes „Bundesrepublik Deutschland“ für das Gebiet der drei Westzonen, und damit in keiner Art und Weise identisch mit der fortgeltenden durch das gesamte Deutsche Volk gewählten Reichsverfassung vom 11. August 1919 betreffend den Staat Zweites Deutsches Reich, da ein Grundgesetz ohne die Rechtsmittel der Demokratie Volksentscheid und Volksbefragung durch das Deutsche Volk gewählt keine Verfassung sein kann, sondern bis zu seiner notwendigerweise durch den Besetzenden zwangsweise zu erfolgen haben werdenden Auflösung ein Diktat des Besetzenden bleibt.

Da nun durch die Gebrauchmachung von denen den Westmächten durch das Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zur ausschließlichen Geltung des besatzungsrechtlichen Mittels Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland obliegenden Vorbehaltsrechten, durch den US Außenminister James Baker am 17. Juli 1990 in Paris mit sofortiger Wirkung der Streichung der Präambel zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Bundesrepublik Deutschland das Wiedervereinigungsgebot entzogen und des seit dem 08. Mai 1985 bestehenden zeitweiligen Reichsorgans Kommissarische Regierung des Staates Zweites Deutsches Reich übertragen wurde, und durch die Streichung des Artikels 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 18. Juli 1990 definitiv nicht nur handlungsunfähig die Bundesrepublik Deutschland, sondern die gesamte Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland erloschen untergegangen ist, ist zwangsweise auch das Gesetz über die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland erloschen, und ist damit de facto und de jure die vermeintliche Bundesrepublik Deutschland, wie auch das gesamte vereinte Deutschland eine Diktatur ohne geltende Verfassung und rechtmäßig gewählter Regierung, deren kriminelle Handlungen nunmehr unter der Führung der USA durch die Westmächte, und nicht durch Wahlen krimineller Organisationen die sich Parteien nennen